Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b, 8–9, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden aber nach Festtagen 20 Pfg. Unter Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Vorderseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die rechtzeitige Aufnahme bestimmter Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden. 1890.

Meyer's Saccos von 2½ M. an, Schlafröcke von 12 M. an.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.**, Frauenstr. 4 u. 5.

Musikwerke,
Spieldosen, mechanische Claviere, Aristons, Herophons, Manophons, Symphonions, Harmonikas, Okarinas, Harmoniums, Violinen, Saiten etc. etc. Noten zu allen mechan. Musikwerken, Fantasieartikel mit Musik in reichster Auswahl kauft man billigst bei
F. Kaufmann & Sohn,
Schloss-Strasse 14.

Hermann Herzfeld, Altmarkt.
Garantirt echt schwarze Strümpfe (Patent) für Kinder von 30 Pfg. an, für Damen 75 Pfg.
Glatte Damenstrümpfe ohne Nath 55 Pfg.
Neu: „Minerva"
Echt schwarze halbseidene Damenhandschuhe, Mark 1.00 und 1.25.

Neu! Nr. 51
echte Bremer Marke!
à Stück 5 Pfg.,
100 Stück 4 Mk. 80 Pfg.
H. v. Wehren, 6 Seestrasse 6.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Prof. Dr. Jäger's Original-Normal-Leibwäsche empfiehlt in grösster Auswahl die concessionirte Haupt-Niederlage **Jean Schieme Nachf.,** 26 Schloss-Strasse 26.

Nr. 135. Spiegel: Die Kolonialberathungen im Reichstage, Sperrgeldergesetz, Fernsprechberichte, Pfingstsonderzüge, Ferienkolonien, Kellnerversammlung, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Lotterieliste. Zwischenaktsmusik. | **Donnerstag, 15. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Der Forderung für Ostafrika ist eine stattliche Mehrheit im Reichstage gesichert. Sogar die polnischen Abgeordneten werden, gleich dem Centrum, die zur Fortführung der Kolonialpolitik verlangten Geldmittel bewilligen. Auch den Polen leuchtet ein, daß das Deutsche Reich, dessen Bürger sie sind, nicht hinter anderen Kulturstaaten zurückbleiben darf, die Sklaverei, die Sklavenjagden und den Sklavenhandel in Afrika zu unterdrücken. Dieser Zweck steht den Ultramontanen obenan. Dürften sie nicht erwarten, daß mittelst der Kolonialpolitik das Christenthum in den dunklen Erdtheil getragen würde, so wären sie die Gegner der Kolonisirung. Man erinnert sich gern, wie Fürst Bismarck es seiner Zeit verstanden hat, das Centrum für kolonialpolitische Zwecke zu interessiren. Er knüpfte daran an, daß der Papst und hohe kirchliche Würdenträger (Kardinal Lavigerie) die Unterdrückung der Sklaverei in Ostafrika als christliche Kulturaufgabe bezeichnet haben. Hieran die Mitwirkung zu verweigern und die erforderlichen Geldmittel abzulehnen, bringen die deutschen Katholiken nicht über's Herz. Infolge dessen darf die deutsche Kolonialpolitik auf die Unterstützung des Centrums fest bauen. Die von der katholischen Kirche ausgesandten Missionare, die von ihnen begründeten Niederlassungen und Stationen bedürfen des staatlichen militärischen Schutzes. Daraus ergiebt sich das Zusammenwirken von „Bibel und Flinte", wie es der Kanzler v. Caprivi drastisch ausdrückte. Wenn die Missionare in Gefahr sind, von den Sklavenhändlern todtgeschossen zu werden, so müssen sie, soweit sie nicht selbst bewaffnet sind, auf militärischen Beistand rechnen können. Die Konservativen und die Nationalliberalen sind, obwohl sie der humanitären und christlichen Seite der Kolonialpolitik ihren vollen Werth zuerkennen, doch wesentlich aus nationalen und wirthschaftlichen Gründen für die Ausgestaltung unseres Kolonialbesitzes. Dem deutschen Kaufmann, wie dem Pflanzer in Afrika kann wie dem Missionar nur dann ein Erfolg winken, wenn ihre Schöpfungen und ihr Handelsbetrieb vor Zerstörungen durch Sklavenhändler gesichert sind.

Nachwievor bekannten sich als Gegner der Kolonialpolitik die Freisinnigen und die Sozialdemokraten. Der Sprecher der letzteren, Herr v. Vollmar, schränkte aber in seiner Rede am 2. Verhandlungstag die vom Tage zuvor erheblich ein. Er gab zu, daß es sich in Ostafrika um große wirthschaftliche Interessen handelt, deren Berechtigung er nicht leugnen wolle. Nur verlange er, daß sie von Privaten betrieben würden, jedoch, wie er hinzufügte, unter Oberaufsicht des Reiches. Damit näherte er sich aber stark den Anschauungen der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit. Auch diese wollen die zur Sicherung unseres afrikanischen Besitzstandes bisher ausgegebenen und noch auszugebenden Geldmittel nicht verloren betrachten, sondern sie sehen sie als eine Grundschuld der ostafrikanischen Gesellschaft an. Die von Herrn v. Vollmar geforderte Oberaufsicht des Reiches kann aber, wie jetzt die Dinge liegen, nicht anders als durch militärische Maßregeln herbeigeführt und verwirklicht werden. Im Prinzip also ist die Sozialdemokratie einer Kolonialpolitik gar nicht so abgeneigt, als es nach den sonstigen Aeußerungen, mit denen sie ihr jetziges Nein! verbrämt, scheinen will. Zudem hat Herr v. Vollmar ausdrücklich erklärt, „er erkenne gern an, daß er großen Respekt vor der Art und Weise habe, wie Herr Wißmann vorgeht". Jedenfalls sticht eine solche Aeußerung vortheilhaft ab gegen die schnöden Redensarten und gehässigen Witzeleien, mit denen der Sprecher der Freisinnigen, Dr. Bamberger, glaubte, den Ruf seiner sogen. Geistreichigkeit aufrecht erhalten zu sollen. Es war diesem Bamberger, der sich bei Angriffen auf seine werthe Person stets sehr empfindsam zeigt, vorbehalten die deutschen Offiziere und Beamten der Mordbrennerei zu bezichtigen. Bamberger sagte: Unsere in Ostafrika allen Feindseligkeiten der Araber ausgesetzten Landsleute hätten dort „so viel gebrannt und gesengt, wie nur möglich". Eine solche Beleidigung schleudert dieser Herr unverfroren unseren Brüdern in's Gesicht! Wenn Sklavenhändler deutsche Pflanzungen niederbrennen und deutsche Beamte und Kaufleute morden, soll Deutschland dann nicht die Feinde züchtigen? Ginge es nach Bamberger, so zögen wir uns aus Ostafrika heraus und schlügen unsere Besitzungen an den Meistbietenden los. Wo unsere nationale Ehre bliebe, stünde freilich auf einem anderen Blatte. Die ganze Kolonialbewegung wurzelt in nationalen Empfindungen, die Bamberger offenbar gar nicht versteht; in der Kolonialpolitik fand der im deutschen Volke lebende gesunde Idealismus einen Brennpunkt, der sich allerdings nicht so leicht wie das Couponabschneiden in klingende Münze umsetzen läßt — eine feine Ironie des Kanzlers von Caprivi gegenüber dem kaufmännischen Rechner Bamberger, dem die Gabe, die Athemzüge der deutschen Volksseele zu verstehen, von der Natur versagt ist.

Uebrigens lassen die Reden der deutschfreisinnigen Sprecher erkennen, daß sie nur deshalb gegen die Bewilligung für Ostafrika stimmen, weil sie wissen, daß das Nichts schadet. Besäßen sie im Reichstag die Mehrheit, wären sie in der Lage, die Forderung zu verweigern und dadurch den Reichskommissar Wißmann zur Rückkehr aus Ostafrika zu zwingen und Emin Pascha zur Unterbrechung seines Zuges nach den afrikanischen Binnenseen zu nöthigen, so würden sie von dieser Macht keinen Gebrauch machen. Gaben sie doch selbst zu, daß der Kanzler v. Caprivi, wie jetzt die Dinge in Ostafrika liegen, gar nicht anders handeln kann, als das Begonnene fortzusetzen und zu sichern. Sie selbst machen ihm daraus gar keinen Vorwurf, stimmen aber gleichwohl gegen seine Forderung. Na, ganz wie's den Herren beliebt! Es ist eben, nicht blos aus Gründen der nationalen Ehre, sondern auch der werthvollen in Ostafrika festgelegten deutschen wirthschaftlichen Interessen wegen unmöglich, daß sich das Deutsche Reich von dort zurückzöge und die Kolonie unbeschützt der Privatgesellschaft überlasse. Die Zeiten sind anders wie in früheren Jahrhunderten, wo den Engländern in ihren Kolonieen kein anderes Volk Concurrenz machte. Heute müssen wir uns der Gelüste fremder Nationen kräftig erwehren. Hat denn Dr. Bamberger gar keine Augen dafür, daß das größte Kolonialreich der Erde, England, seinen Riesenbesitz an Kolonieen immer noch und kräftiger denn je erweitert? Sind denn die Engländer so schlechte Rechner, daß sie ihr Geld zum Fenster hinauswürfen? Woher stammen die Reichthümer Englands, als, wenigstens zum guten Theile, von der Ausbeutung seiner Kolonieen? Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings zwischen England und Deutschland. Herr v. Caprivi hob ihn hervor. Der englische Kapitalist kargt nicht mit Geldern, die er, wagemuthig und dabei doch vorsichtig, in Kolonialunternehmungen steckt, während der Deutsche, zaghaft und leichtsinnig zugleich, Geld nur für solche auswärtige Finanz-Unternehmungen hat, wo ein baldiger Profit herausschaut, gleichwohl aber zweifelhaften Staaten ihre zweifelhaftesten Anleihen abnimmt. Ein seltsamer Widerspruch; aber er ist vorhanden, nur stellt er unseren Nationalcharakter nicht in vortheilhaftes Licht. Wir werden also von reichswegen nicht aus Ostafrika herausgehen; unsere Kolonieen werden wir behalten aus Gründen der Ehre und unseres nationalen Kraftgefühles, im Interesse der christlichen Kultur und als erfolgversprechende wirthschaftliche Anlagen. Es kann sich nur darum handeln, bei den neuen Anstrengungen, die wir machen, das rechte Maaß innezuhalten und dafür zu sorgen, daß die Früchte der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Der preußische Landtag wird noch vor Pfingsten geschlossen werden. Das Hauptinteresse richtet sich bei seinen Arbeiten einzig auf das Schicksal des sogenannten Sperrgeldergesetzes. Dasselbe ist im Ausschusse abgelehnt worden. Das Centrum stimmte dagegen. Es wird auch ganz allein die Verantwortlichkeit dafür tragen, wenn die während des Kulturkampfes sich angesammelt habenden Zinsen der katholischen Kirche vorenthalten bleiben. Die Regierung will sie jetzt den Bischöfen zur Verfügung stellen. Der Kultusminister v. Goßler hatte ganz der Wahrheit gemäß versichert, daß der päpstliche Stuhl und die preußischen Bischöfe mit der Art und Weise, wie die Sperrgelder zurückgegeben werden sollen, einverstanden waren. Beide wollen weder Widerspruch erheben, noch Schwierigkeiten machen. Die anderen Parteien stimmen dem Gesetze nur dann zu, wenn das Centrum das Gesetz annimmt. Lehnt es jedoch auch im Abgeordnetenhause das Sperrgeldergesetz so ab wie im Ausschusse, so ist dasselbe überhaupt zu Fall gebracht. Es wird ihm Niemand eine Thräne nachweinen. Die preuß. Regierung aber wird so bald nicht wieder darauf zurückkommen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. Mai.

Berlin. Der Reichstag trat heute in die erste Berathung der Militärvorlage ein. Kriegsminister Verdy du Vernois begründete die Vorlage. Die Unteroffizierspräsenzen seien in den geforderten 18 Millionen mit inbegriffen. Es werde eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 18,000 Mann gefordert; Deutschland sei genöthigt, mit den anderen Mächten Schritt zu halten. Er sei nicht in der Lage, Alles das, was zur Begründung der Vorlage noch anzuführen sei, hier öffentlich vorzutragen. Er behalte sich vor, dies in der Kommission zu thun. — Graf Moltke: Es sei vor einiger Zeit von den Bänken der äußersten Linken gesagt worden: Die Kriege würden nur im Interesse der besitzenden Klassen geführt. Ohne Armee würden die Völker in Ruhe und Frieden leben. Bei einem Kriege hätte aber Jeder etwas zu verlieren und jede Regierung würde sich bemühen, den Frieden zu erhalten. Kriege entstünden heute auch nicht mehr durch den Willen einzelner Fürsten, jene Zeiten seien vorüber. Heute seien es die Leidenschaften des Volkes, vielleicht ihre geleiteten Massen, die zum Kriege drängten. Der Krieg, der wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebe, würde, wenn er ausbräche, furchtbar werden. Niemand könne sagen, ob er 7 oder 30 Jahre dauern werde. Solchen Gefahren gegenüber komme die Ausgabe für die Armee, welche unter den heutigen Verhältnissen die beste Schutzwehr des Friedens sei, wenig in Betracht. Dürfen wir auch unsere Finanzen nicht zu Grunde richten, so werde doch der Friede um so gesicherter sein, je besser unsere Streitkräfte zu Wasser und zu Lande ausgerüstet seien. Er glaube, daß alle Regierungen den Wunsch haben, den Frieden zu erhalten. Wir haben auch die friedliche Versicherung unserer Nachbarn, aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst. (Beifall.) — Richter (frs.): Die Vermehrung der Armee bedeute weniger Arbeitskräfte und neue Ausgaben. Die Volksvertretung müsse daher kritisch an die neue Vorlage herangehen. Was Moltke sagte, unterschreibe er. Es sei aber zu allgemein gehalten gewesen. Dasselbe könnte man zur Begründung einer Gegenmaßregel umgekehrt sagen. Die deutschen Armee-Verhältnisse hätten sich günstiger gestellt, wie die französischen und auf Rußland könne man bei den mangelhaften Verkehrsverhältnissen dieses ausgedehnten Landes nicht exemplificiren. Die Vorlage sei mangelhaft begründet. Die Begründung stehe im Widerspruch mit früheren Erklärungen des Ministers, namentlich mit der Erklärung des Kriegsministers in der vorigen Session, wonach mit der Annahme der damaligen Vorlage der Bestand der Friedenspräsenz auf absehbare Zeit feststehe. Jedenfalls hätte man die Frage der Kürzung der Dienstzeit bei dieser Vorlage mit erwägen sollen. Das französische Wehrgesetz, das man zur Begründung dieser Vorlage anführe, beruhe auf den Prinzipien, welche die freisinnige Partei immer festgehalten habe und um deretwillen sie angegriffen worden sei. Militärische Tugenden würden in 2 Jahren nicht erlernt. Was man dem 3. Dienstjahre nachrühme — die militärische Gewöhnung — werde gerade in den Kreisen der Arbeitgeber schwer beklagt. Krupp habe gesagt, es sei sehr schwer, die Leute, welche nach 3jähriger Dienstzeit mit bedenklich gesteigertem Selbstbewußtsein zurückkehrten, wieder an eine geregelte Erwerbsthätigkeit zu gewöhnen. Auch die finanziellen Bedenken der Vorlage seien bedeutende. Wie wolle man die nöthigen Mittel aufbringen? Für die Getreidezölle dürfte bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge eine sehr ungünstige Periode anbrechen. Wie denke man über eine größere Selbstständigkeit des Reichsschatzamtes, namentlich jetzt nach dem Kanzlerwechsel? Auch diese Frage sei zu überlegen. Kriegsminister v. Verdy du Vernois bestreitet, mit der letzten Militärvorlage sei eine weitere Erhöhung der Friedenspräsenz ausgeschlossen. Die Stellung des Reichsschatzamtes bringe große Schwierigkeiten mit sich. Dasselbe prüfe die Vorlage der Militär-Verwaltung auf das Eingehendste. Ueber die Neuformation sei früher niemals eine Erklärung von der Regierung abgegeben worden. Das Septennat sei Ergebniß eines Compromisses, an dem zu rütteln bis jetzt kein Grund vorlag. Diese Frage könne erst 1893 in Betracht kommen. Windthorst beantragt Verweisung der Vorlage an eine 28er Kommission. Leider habe die Regierung, ehe sie mit der Vorlage gekommen, erst die Wahlen vorübergehen lassen, so daß die Meinung der Bevölkerung darüber nicht vernommen werden konnte. Wann hören die Forderungen endlich auf und was haben wir von der Zukunft zu erwarten? Ein neuer Reichsfinanzminister würde uns blos mehr kosten. Von dieser Aenderung der Reichsämter wolle er absolut nichts wissen. Was für die Erhaltung der Wehrkraft des Vaterlandes erforderlich ist, müsse bewilligt werden. Jedem äußeren Feind gegenüber höre der Unterschied der Partei auf. — Kriegsminister v. Verdy: Die Heeresorganisation könne nicht alle Jahre neu aufgestellt werden. Die Regierung werde in der Kommission Vorschläge machen, durch welche die Organisation der Armee voraussichtlich auf ein Menschenalter festgelegt werde. — Payer (Volksp.): Die militärische Frage könne nach der wirthschaftlichen erst in 2. Linie in Betracht kommen. Wir seien an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Auch wenn wir uns entschließen könnten, für die Vorlage zu stimmen, würden wir doch keine Garantie dafür haben, daß es unsere Enkel besser haben werden. Brauche die Regierung größere Mittel zur Heeresvermehrung, dann solle sie dieselben durch Ersparnisse schaffen. Die Verantwortlichkeit für einen Krieg sei heute viel zu groß, als daß eine Regierung sie übernehmen möchte. Wir wären am ersten in der Lage, auf dem Wege der beständigen Rüstung Halt zu machen. Keine andere Nation würde es wagen, über uns herzufallen. Damit würde der Welt ein besserer Dienst erwiesen, als durch neue Erhöhungen unserer Rüstungen. — Dr. Buhl (natlib.): Jede Rüstung unsererseits würde den Weltfrieden erschüttern. Jede Abrüstung bei anderen Nationen würde ihn stärken. Die Vorlage bezwecke nicht, unsere Nachbarn zu überflügeln, sondern ihnen gleichzukommen. Die Herabsetzung der Dienstzeit würde die Wehrpflicht verallgemeinern und würde der Einzelne minder schwer berührt werden, als jetzt. Nicht in Folge von Befürchtungen stimmten sie für die Vorlage, sondern im Interesse der Sicherung des Friedens. — Staatssekretär v. Maltzahn bemerkt einer Aeußerung Richters gegenüber, daß die letzte Reichsanleihe von den damit betrauten Bankhäusern voll abgenommen worden sei. — Graf Stollberg (kons.): Das Septennat schließe die Erhöhung der Friedenspräsenz nicht aus, sondern lege sie nur nach unten fest. Erfreulich sei, daß sich Richter nicht absolut ablehnend verhielt. Je größer die Mehrheit für die Vorlage, desto größer die Wirkung. Weiterberathung Freitag.

Berlin. Dem Bundesrath ist ein Antrag betreffend Errichtung eines National-Denkmals für Kaiser Wilhelm I. zugegangen. — Der Buchhalter eines hiesigen Bankhauses, Ernst Höpfner, ist mit 20,000 Mk. durchgegangen. Die geschädigte Firma hat auf seine Ergreifung 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt. — Das verschwundene Töchterchen des Molkereibesitzers Heno ist bei einer verkommenen 22 Jahre alten Frauensperson in Mariendorf gefunden worden. Das Kind zeigt Spuren erheblicher Mißhandlungen. Die Kindesdiebin hatte gestern ein zweites kleines Kind entführt und dasselbe ermordet, indem sie ihm Erde in den Mund stopfte. Als Grund für ihre That giebt die Verhaftete an, daß sie Kinder zu gern habe.

Berlin. Die „Krzztg." hatte in einer Londoner Korrespondenz angegeben, das deutsche auswärtige Amt habe im Sommer 1888 England fast peremptorisch angegangen, ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen und dem Dreibund beizutreten. Da dieses Drängen mit wenig Discretion stattgefunden, sei Salisbury dadurch in Verlegenheit gebracht worden. Die Folge davon sei eine Erkaltung der deutsch-englischen Beziehungen gewesen. Gegen diese Angaben wendet sich ein, ersichtlich aus Friedrichsruh stammender Artikel der „Hamburger Nachrichten". Weder im Sommer 1888 noch sonst sei das deutsche auswärtige Amt unwissend genug gewesen, England um Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses resp. wegen Eintritt in den Dreibund anzugehen. Es habe weder ein Drängen, noch auch die leiseste Sondirung über eine Zumuthung stattgefunden, deren Unerfüllbarkeit für den jüngsten Legationssekretär in Berlin oder London außer Zweifel stehen mußte. Die logische Folge eines derartigen Anschlusses Englands an den Dreibund würde sein, daß, wie England zu fechten gezwungen wäre, so bald z. B. ein neuer deutsch-französischer Krieg zum Ausbruch käme, umgekehrt das Deutsche Reich verpflichtet sein würde, mit seinen Streitkräften dem vierfach alliirten England für den Fall zu Hilfe zu kommen, daß letzteres mit Rußland wegen Ostasien, China oder sonst einem Grunde in Händel geriethe. Es habe ebensowenig weder eine starke, noch überhaupt eine Verstimmung zwischen Deutschland und England z. B. des Thronwechsels bestanden. Die Beziehungen zwischen Berlin und London seien damals genau so wie heute solche der intimen Freundschaft und des vollen gegenseitigen Vertrauens gewesen.

Berlin. Die Taufe der jüngsten Prinzessin, Tochter des Prinzen Leopold, findet den 30. d. in Potsdam statt. — Das Centrum beschloß, die Sperrgelder-Vorlage auch im Plenum abzulehnen. Dieselbe scheidet somit aus dem Arbeitsprogramm des Landtages aus.

Koburg. Der Redakteur des gothaischen Tageblattes, Bosshardt, ist vom Herzog begnadigt worden, indem ihm der Rest der Strafe, 2 Monate, erlassen wurden.

München. Die große protestantische Pfarrkirche in Uppenheim (Mittelfranken) ist vollständig eingeäschert worden. Ein Mann, der beim Löschen thätig war, wird vermißt. Es wird befürchtet, daß derselbe in den Flammen umgekommen ist.

Wien. Die amtliche Zeitung meldet die Ernennung des Sekretärs des Hofburgtheaters, Max Burkhardt, zum Direktor dieses Theaters.

London. Der Wiener Korrespondent der „Times" meldet, Kaiser Alexander stehe im Begriff, die seit 1875 in Rußland verfolgte Politik aufzugeben und die Idee jeder Verbindung oder eines Zusammengehens mit Frankreich fallen zu lassen, in der Ueberzeugung, daß ein Bündniß mit Deutschland die sicherste Garantie für Rußland sei. Die Idee sei endgiltig seit dem Rücktritt Bismarcks zur Reife gelangt. — Angeblich aus Admiralitätskreisen wird hier das Gerücht ausgesprengt, Deutschland rüste augenblicklich ein Geschwader aus, welches nach dem stillen Ozean abgehen solle, um dem deutschen Handel neue Märkte und den kolonialen

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42), Butter täglich 3 Mal frisch.